

Stiftungen, der Prediger- und Schullehrerwitwenkassen, bei Schenkungen an Kirchen, Schulen und Arme. (Siehe Stempelpapierordn. vom 26. September 1814. Gesefsamml. Bd. I. S. 237.) Auch die Bescheinigungen aus dem Kirchenbuche sind frei von Stempelpapier, und wenn sie besonderer Beglaubigung bedürfen, z. B. für das Ausland, mit dem Kircheniegel zu versehen. (Constit.-Verordnung vom 7. Decbr. 1799. Siehe auch obige Stempelpapierverordn. §. 6.)

7.

Die unentgeltliche Beschaffung von Ingrossationen und Ertheilung von Extracten durch die Hypothekenämter, sofern sie in Kirchensachen nöthig werden.

8.

Die Freiheit von Insertionsgebühren bei der Publication der oberkirchlichen Erlasse durch die Anzeigen. (Synodalacten Anlage I. S. 3 der 1. Synode.)

Endlich scheint die Kirche noch berechtigt zu sein, die Fondscapitalien des Armenwesens, welche vor Einführung des weltlichen Armenwesens legirt sind, für das kirchliche Armenwesen in Anspruch zu nehmen. Sie sind diesem geschenkt, denn das Armenwesen war vor 1786 fast ganz kirchlich, und sie würden bei der Einrichtung des weltlichen Armenwesens, nach welchem die ganze Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist, die Mittel zur Ernährung der Armen durch eine Armensteuer herbeizuschaffen, gewiß nicht geschenkt worden sein.

Auch in dem Generalfonds befinden sich kirchliche Armenfonds, z. B. der Büßing'sche Fonds, gestiftet von der Generalsuperintendentin Büßing geb. Lange in Oldenburg, vom 26. October 1742, mit der Bestimmung, daß die Zinsen mit Zuziehung ihrer nächsten in Oldenburg wohnenden Verwandten, oder in Ermangelung derer des Generalsuperintendenten zur Hälfte für arme Prediger-Witwen und Waisen, zur andern Hälfte für arme Kinder zum Unterricht im Christenthume verwandt werden sollten, jedoch vorzüglich armer Verwandten der Stifterin, und wenn deren nicht vorhanden, armer Prediger-Witwen und Waisen. Der Fonds betrug bei der Vereinigung mit dem Generalfonds 2373 Thlr. 60 gr. (vergl. Staatshandbuch von 1836.)

Nach einer Regier.-Bekanntm. vom 9. Mai 1836 ist von der Oldenburgischen Regierung mit der Hannoverschen Regierung die Steuerfreiheit für die beiderseitigen Kirchen-, Pfarr- und Pfarrwitwengrundstücke und die des niederen Clerus und der Schulen (soweit sie seit 9. August 1822 dazu gehört und nicht erblich an dritte verlichen sind) in ihren Gebieten durch Vereinbarung bewilligt.